



# Zwischenstand 2016

Was wir dieses Jahr bisher  
erreicht haben

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg



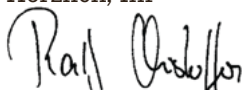


Liebe Brandenburgerinnen,  
liebe Brandenburger,

vor rund zwei Jahren sind Sie an die Wahlurnen gegangen und haben einen neuen Landtag gewählt. Im Ergebnis konnten wir unsere Regierungsarbeit fortsetzen – und schon eine ganz Menge in Ihrem Sinne erreichen: von einem umfangreichen Investitionspaket für die Kommunen über eine höhere Lohnuntergrenze bei öffentlichen Aufträgen, ein höheres Landespflegegeld und die bessere Ausstattung der Studentenwerke bis hin zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas reicht unsere Bilanz. Wir haben für die Schulen im Land so viel neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wie noch nie. Für die vielen Flüchtlinge wurde eine menschenwürdige Aufnahme gewährleistet.

Wir wissen, dass noch vieles zu tun ist. Diese politischen Herausforderungen nehmen wir an. Das Wichtigste von dem, was wir bereits getan haben, finden Sie in diesem Heft. Verschaffen Sie sich selbst einen Überblick!

Herzlich, Ihr

  
(Ralf Christoffers)

# Für unsere Zukunft!



## **Soziale Sicherheit für alle gewährleisten**

Familie ist da, wo Kinder sind, wo Menschen ihr Leben teilen und wo Generationen füreinander Verantwortung tragen. Die **Unterstützung und Entlastung von Familien** und insbesondere die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege sind ein wichtiger Anspruch für uns. Die Familienbildung muss gestärkt und weiterentwickelt werden, unter Berücksichtigung auch der Großelternkompetenz. Neben der Kindertagesbetreuung soll die Mobilität von Kindern und Jugendlichen vor allem im ländlichen Raum gesichert werden. Mit der Fortschreibung des Familienpolitischen Programms schaffen wir die Grundlage dafür, dass unser Land sich zu einer der familien- und kinderfreundlichsten Regionen in Deutschland entwickelt.

DIE LINKE setzt sich seit langem dafür ein, in Brandenburg alle **Krankenhäuser** zu erhalten und sie zu modernen Versorgungszentren auszubauen. 30,3 Millionen Euro, die Hälfte davon Landesmittel, werden in den Jahren 2017 bis 2020 zusätzlich zur regulären Investitionsförderung der Krankenhäuser zur Verfügung stehen. Damit können Krankenhäuser, vor allem in strukturschwachen Regionen, ihre Einrichtungen z.B. in ambulant-stationäre Gesundheitszentren weiterentwickeln

und so eine schnelle patientenfreundliche und professionelle Versorgung und Pflege sichern.

Gesundheit und soziale Lage sind also eng miteinander verbunden – deshalb stärken wir den **Öffentlichen Gesundheitsdienst**. Die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte sind oft erster Ansprechpartner, wenn es um gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse, die Vermeidung von Gesundheitsrisiken und gesundheitliche Chancengleichheit geht. Aber es fehlen Fachkräfte. Wir wollen für die Beschäftigten durch Beitritt des Landes Brandenburg zur Akademie für öffentliches Gesundheitswesen neue Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen.

In Brandenburg leben 480.000 Menschen mit Behinderung, darunter 325.000 mit Schwerbehinderung. Um deren Belangen in der Landespolitik besser gerecht zu werden, haben wir ein **Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket** auf den Weg gebracht, dessen Fortschreibung steht jetzt an. Wir haben das Landespflegegeld für Blinde, Gehörlose und weitere Schwerbehinderte um 30 Prozent erhöht. Das gemeinsame



Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung bringen wir voran. Gegenwärtig kämpft DIE LINKE an der Seite der Betroffenen für ein Bundesteilhabegesetz, das die Lage der Menschen mit Behinderung spürbar verbessert.

Die Schaffung von Rahmenbedingungen für die **Gleichstellung von Frauen und Männern** ist unter Rot-Rot zentrales Politikfeld. Im 21. Jahrhundert darf es keine Rolle mehr spielen, welchem Geschlecht jemand angehört, welchen Familienstand er oder sie hat oder wie seine oder ihre familiäre Gesamtsituation aussieht. Deshalb schreiben wir das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm fort. In diesem Kontext ist auch Thema Gewalt an Frauen in Brandenburg nach wie vor aktuell – wir haben mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 die Finanzierung der brandenburgischen Frauenhäuser deshalb deutlich erhöht.








## **Gute Bildung – und gleicher Zugang für alle!**

**Gute frühkindliche Bildung und Betreuung** ist ein Kernanliegen der LINKEN. Seit wir in Brandenburg Verantwortung tragen, haben wir viele Verbesserungen im Bereich der Kitas erreicht. Das wichtigste Kennzeichen von Qualität ist dabei die Gruppengröße. Nach einer ersten Senkung des Zahlenverhältnisses zwischen ErzieherIn und Kind 2011 haben wir dieses Verhältnis 2015 bei den 0 bis 3-jährigen nochmal auf nun 1:5 verbessert. Für mehr Mitbestimmung haben wir zudem den Kita-Beirat für Eltern auf Kreis- und Landesebene geschaffen. Und wir werden für mehr Transparenz bei den Kita-Beiträgen sorgen.

<b>Ausgaben des Landes für Kindertagesstätten</b>	
<b>2009</b>	147 Mio. €
<b>2014</b>	217 Mio. €
<b>2016</b>	287 Mio. €

DIE LINKE steht für ein Schulsystem, in dem die Wege zur Schule möglichst kurz sind, in dem jedes Kind willkommen ist und optimal gefördert wird – unabhängig von persönlichen Voraussetzungen. Dafür brauchen wir **langes gemeinsames Lernen** bis zum Schulabschluss ohne Hürden.

Die Gemeinschaftsschule soll unser Schulsystem fit machen für die Zukunft - dafür haben wir erste Weichen gestellt. Dass gemeinsames Lernen gelingen kann, zeigt die gelungene Integration von Flüchtlingskindern. Für diese rund 6.000 Jungen und Mädchen haben wir zusätzlich über 500 Lehrer zur Verfügung gestellt.

Zahl der neu eingestellten Lehrer pro Jahr		Koalition
2004		368 Rot-Schwarz
2006		192 Rot-Schwarz
2008		228 Rot-Schwarz
2010		621 Rot-Rot
2012		633 Rot-Rot
2014		1.100 Rot-Rot
2016		1.400 Rot-Rot

Wir setzen sich dafür ein, dass noch mehr junge Menschen gerne in Brandenburg studieren. Egal ob Abiturient, Mensch mit Berufsausbildungsabschluss oder Geflüchteter: sie alle sollen bestmöglich dabei unterstützt werden, ein Studium erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Zentral ist dabei für DIE LINKE die Verbesserung der Rahmenbedingungen, z.B. im Bereich des studentischen Wohnens oder der Betreuung an den **Hochschulen**. Im Haushalt 2015/16 haben wir die Mittel für die Studentenwerke erreicht. Außerdem setzen wir uns für Gute Arbeit auch an Hochschulen und das Promotionsrecht an den Fachhochschulen ein.



## **Für Gute Arbeit, stabile Wirtschaft und eine gesunde Umwelt**

Rot-Rot hat 2012 mit der **Einführung des Mindestlohns** bei öffentlichen Vergaben ein Zeichen gesetzt – ab 1. Oktober soll er auf neun Euro erhöht werden. Seit kurzem setzt außerdem das **Bündnis für Gute Arbeit** wichtige Akzente. Es soll gute Erfahrungen verallgemeinern, bestehende Aktivitäten stärker verknüpfen und so helfen, den rasanten Wandel der Arbeit aktiv zu gestalten. Stärkung des Arbeitnehmerschutzes, Entgeltgleichheit von Männern und Frauen und Mitspracherechte sind wichtige Themen im Kampf gegen Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse. Langzeitarbeitslose wollen wir über die Bildung von Sozialbetrieben besser bei der Integration in die Arbeitswelt unterstützen.

Nach dem erfolgreichen Volksbegehren gegen Massentierhaltung haben sich die Koalitionsfraktionen mit den Initiatoren einen Beschluss des Landtages geeinigt, der für mehr **Tierwohl in der Landwirtschaft** sorgt und mit einem Maßnahmenprogramm zur Nutztierhaltung die re-



gionalverträgliche, artgerechte und flächengebundene Tierhaltung stärken soll. Gemeinsam mit den Verbänden und dem Berufsstand wird ein Tierschutzplan erarbeitet. Ab 2017 wird es beim Verbraucherschutzministerium einen Landestierschutzbeauftragte/n geben.

Seit 2013 wurden verschiedene Sofortmaßnahmen gegen die bergbaubedingte **Verockerung der Spree** ergriffen, wie die Abscheidung von Eisenocker im Vorbecken der Talsperre Spremberg und in Bergbaufolgeseen und die Inbetriebnahme von Absetzbecken. Damit wurde die „Eisenfracht“ in der Spree vermindert. Die Koalitionsfraktionen haben eine Forderung der Bürgerinitiativen und Umweltverbände aufgegriffen und die Landesregierung beauftragt, noch 2016 einen strategischen Gesamtplan gegen Eisenocker und Sulfat zu erstellen. Außerdem hat sich der Landtag für die Fortführung des Bund-Länderabkommens zur Bergbausanierung als wesentlicher Finanzgrundlage ausgesprochen.



## **Die Kommune als Lebensmittelpunkt der Menschen stärken**

Mit dem hat der Landtag den Rahmen und die **Maßstäbe für die Verwaltungsstrukturreform** bestimmt. Dabei haben wir den vorgelegten Entwurf für ein Leitbild, der weitgehend

den Empfehlungen der Enquetekommission folgte, in seiner Struktur, seinem Umfang und in wesentlichen inhaltlichen Punkten deutlich verändert. Diese Veränderungen sind unter Berücksichtigung von Vorschlägen, Hinweisen und mancher harten Kritik aus dem öffentlichen Dialog erarbeitet worden. Es ist ein ausführliches und geschlossenes Leitbild für die Kreisgebietsreform, das in Form von 13 Thesen den Kern der Beschlussempfehlung bildet. Und es gibt inhaltlich präzierte Voten zu den im Rahmen der Funktionalreform I zu kommunalisierenden Aufgaben.

Das Land Brandenburg will mehr als 600 Millionen Euro zur **Sanierung der kommunalen Haushalte** aufwenden. Das ist deutlich mehr als bei der Reform in Sachsen, wo etwa 290 Millionen Euro eingesetzt wurden. Bei der Funktionalreform haben wir die Empfehlungen der jeweiligen Fachausschüsse und damit auch einige Kompromisse übernommen. Wir bekräftigen die Einhaltung des Prinzips der strikten Konnexität bei der Funktionalreform. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Transformationskostenpauschale, die jetzt mit mindestens 1,5 Millionen Euro beziffert ist, um den Spielraum der reformbetroffenen Kommunen zu erhöhen. Wir wollen einen Verlustausgleich für die Städte, die den Kreissitz verlieren. Wir setzen die Einwohnerzahl für kreisfreie Städte von bisher 175.000 auf 150.000 herab, differenzieren also zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Dazu wurde ein Entschließungsantrag beschlossen, der weitere Vorgaben enthält, die den Erfolg der Verwaltungsstrukturreform sichern sollen. Damit soll die Bürgerbeteiligung und die unmittelbare **Demokratie in den Kommunen gestärkt** werden. Die Kreisneugliederungsgesetze sollen mit Vorschlägen zur Stärkung der Arbeit von Kreistagsabgeordneten verbunden werden. Und wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land auch in Zukunft auch in den berlinfernen Räumen durch eine starke kommunale Selbstverwaltung mit leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen sichern.



Mit dem **Kommunalen Infrastrukturprogramm** haben wir 2016 eine zentrale Forderung unseres Wahlprogramms umgesetzt. Bis 2019 werden 130 Mio. Euro Landesmittel in die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur investiert. Das Programm ist für alle Kommunen offen. Beantragt werden können infrastrukturelle Maßnahmen in den Bereichen Bildung (Fördervolumen 80 Mio. Euro – z.B. Schulzentren), Verkehr (20 Mio. Euro – z.B. ÖPNV), Feuerwehr (15 Mio. Euro) sowie Freizeit und Sport (15 Mio. Euro). Zusammen mit den Kommunalanteilen werden Investitionen in Höhe von 205 Mio. Euro ermöglicht. Damit stärken wir die kommunale Infrastruktur und tragen dazu bei, dass Brandenburg sozialer, zukunftssicherer und lebenswerter wird.

Für Kommunen mit starker Mietpreisentwicklung hat Rot-Rot eine **Mietpreisbremse** eingeführt, die Mieten dämpfen soll. Auf den Weg gebracht wurden Förderprogramme für den **Wohnungsneubau**, insbesondere rund um Berlin. Sozialer Wohnraum wird geschaffen durch die Festschreibung von Kappungsgrenzen für Mieten sowie von Belegungsrechten. Hinzu kommen die Heraufsetzung der Einkommensgrenzen für sozialen Wohnraum sowie behindertengerechtes Bauen für alle öffentlichen Gebäude in Landesverantwortung.

## Für Rechtsstaat und Demokratie – engagiert gegen Neonazis und Gewalt

Um die **öffentliche Sicherheit** zu gewährleisten, werden derzeit so viele PolizistInnen ausgebildet wie noch nie in der Geschichte des Landes Brandenburg. Ende 2019 soll die Gesamtzahl der PolizistInnen mindestens 8.200 betragen. Das sind 345 mehr als noch 2015 geplant waren. Damit das erreicht werden kann, haben wir junge PolizistInnen eingestellt und die dafür notwendigen Anwärterstellen erhöht.

Zahl der Anwärterstellen bei der Polizei pro Jahr	
2014	670
2015	810
2016	910
2017	975 (geplant)
2018	970 (geplant)

Die politisch motivierte Kriminalität ist auch in Brandenburg leider stark gestiegen. So mussten wir im Jahr 2015 1.581 rechtsextremistisch motivierte Straftaten verzeichnen. Das ist ein Anstieg um 23 Prozent. Dabei ist die Zahl der Gewaltstraftaten noch deutlicher angestiegen, von 73 Taten im Jahr 2014 auf 129 in 2015. Davon waren 98 Körperverletzungsdelikte. Deshalb müssen alle Möglichkeiten **zivilgesellschaftlichen Engagements** und staatlichen Handelns ausgeschöpft werden, um dieser unheilvollen Entwicklung wirksam zu begegnen. Dazu zählt die Arbeit des „**Toleranten Brandenburg**“ sowie vieler Initiativen im ganzen Land, die weiter unterstützt und gefördert werden müssen. Dazu gehört auch der breite Protest auf der Straße gegen ausländerfeindliche und rechtsextreme Demonstrationen aber auch konsequentes staatliches Handeln. Als erste Reaktion darauf haben wir mit dem Nachtragshaushalt 2016 die Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erhöht.

Im Landtag hat mit der konstituierenden Sitzung am 12. Juli ein **NSU-Untersuchungsausschuss** seine Arbeit aufgenommen. Seine Aufgabe soll es vor allem sein, Verwicklungen und Versäumnisse des brandenburgischen Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit der Mordserie des NSU und beim Einsatz von V-Leuten in der Neonazi-Szene in Brandenburg zu untersuchen. Dem NSU werden unter anderem eine Mordserie von 2002 bis 2007 zur Last gelegt, in der zehn Menschen ermordet worden sind. Dabei soll es dem NSU darum gegangen sein, aus einer fremden- und staatsfeindlichen Gesinnung heraus, vor allem Mitbürger ausländischer Herkunft zu töten. Besonders der Fall des V-Mannes „Piatto“ soll dabei aufgeklärt werden. Er gab frühzeitig einen der wenigen Hinweise auf das untergetauchte Neonazi-Trio. Brandenburg hatte damals die Verfassungsschutzämter in Sachsen und Thüringen aber nur allgemein informiert. So soll die Frage geklärt werden, ob die NSU-Mordserie womöglich hätte verhindert werden können, wenn die Behörden Brandenburgs damals anders informiert hätten.

Brandenburg hat eine Kooperationsvereinbarung mit den Arbeitsagenturen beschlossen, um die **Resozialisierung von Strafgefangenen** zu erleichtern. Dies entspricht dem Auftrag des Brandenburgischen Justizvollzugsgesetzes, denn Resozialisierung senkt die Rückfall-Wahrscheinlichkeit und ist somit auch praktizierter Opferschutz. Nach der Entlassung brauchen die ehemaligen Gefangenen Hilfe, um künftig ein Leben ohne Straftaten führen zu können – vor allem durch Kommunikation, aber auch bei der Suche nach Arbeit, Lehrstelle und Wohnung und bei der Vermittlung passender Therapieangebote.

## **Brandenburg – ein Land für Toleranz und Vielfalt**

Brandenburg ist das einzige Bundesland, das die Standards für **Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen** in letzter Zeit verbessert



hat. Neben einer besseren sozialpädagogischen Betreuung wurde eine elektronische Gesundheitskarte eingeführt und die Finanzierung für die Kommunen verbessert. Angesichts der 2015 in Brandenburg aufgenommenen Geflüchteten (rd. 28.000) und der rund 19.000 Asylsuchende in diesem Jahr erwarteten Menschen eine gewaltige Aufgabe für Politik und Zivilgesellschaft.

Nach unserer Landesverfassung darf niemand aufgrund seiner **sexuellen Identität** benachteiligt werden. Trotz einer insgesamt positiven gesellschaftlichen Entwicklung gehören aber Diskriminierung und Gewalt für viele Lesben, Schwule, bi-, trans- und intersexuelle und queere Menschen weiterhin zum Alltag. Rot-Rot ist bereits in vielen Bereichen aktiv. Es fehlt jedoch ein Gesamtkonzept. Ein „**Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt**, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg“ wird diese Lücke schließen.

Zur Vielfalt unseres Landes gehört die hier lebende **Minderheit der Sorben und Wenden**. Nachdem wir 2014 ihre Rechte gesetzlich neu gefasst haben, ging und geht es jetzt um die Umsetzung: DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass möglichst viele Sorben/Wenden in Kommunen leben, in denen sie den vollen Schutz des Gesetzes genießen – deshalb haben wir uns in den Prozess der Neubestimmung des Siedlungsgebietes eingebracht. Wichtig ist auch ein Qualitätsschub in der Bildungspolitik – der auf unsere Initiative hin erarbeitete Landesplan soll helfen, die vom Aussterben bedrohte niedersorbische Sprache im Alltag zu stärken.



[www.linksfraktion-brandenburg.de](http://www.linksfraktion-brandenburg.de)

Impressum

**DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

Fon: 0331/966 15 03

Fax: 0331/966 15 05

V.i.S.d.P.: Thomas Domres, Parl. Geschäftsführer